



Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/373

A06

7. November 2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Herrn Ausschussvorsitzenden Stefan Engstfeld MdL erbetenen Einführungsbericht zum Haushaltsgesetz 2023 für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski



Einführungsbericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei
zum Haushaltsgesetz 2023
für den Ausschuss für Europa und Internationales

Einleitung

Der Bericht geht zunächst auf die Ansätze des Haushaltsentwurfs 2023 für die Bereiche Europa und Internationale Angelegenheiten sowie die wichtigsten Punkte der Planungen ein. Darüber hinaus werden die Ansätze der beiden Landesvertretungen in Berlin und in Brüssel erläutert.

Für das Jahr 2023 sind rd. 6,7 Mio. Euro für die Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich Europa sowie rd. 12,2 Mio. Euro für den Bereich Internationale Angelegenheiten veranschlagt. Damit unterstreicht auch die neue Landesregierung die große Bedeutung, die sie der europäischen und internationalen Zusammenarbeit beimisst. Gerade in stürmischen Zeiten ist die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, mit Partnern nah und fern auf der ganzen Welt unverzichtbar. Die europäische und internationale Zusammenarbeit schafft Vertrauen, sie fördert Verlässlichkeit, führt zu Stabilität und steigert Prosperität.

Deshalb wird die Landesregierung – um nur einige Beispiele zu nennen – im Jahr 2023

- die erfolgreichen Europaaktivitäten weiter ausbauen; der Fokus liegt dabei weiterhin auf jungen Menschen ebenso wie auf Menschen, die bisher wenig Berührungspunkte zu Europa haben;
- die engen Beziehungen zu unseren Benelux-Nachbarn weiter intensivieren und insbesondere im Bereich Energiepartnerschaften erweitern;

- Programme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit nach dem Vorbild des Promotorenprogramms des „Eine-Welt-Netz“ weiterentwickeln und einen neuen entwicklungspolitischen Dialog anstoßen;
- die jüngsten bilateralen Partnerschaften mit Piemont, Pennsylvania, British Columbia und Nordmazedonien weiter mit Leben füllen;
- die Arbeit des Landesbüros in Tel Aviv fortsetzen und erfolgreich weiterentwickeln;
- die transatlantischen Beziehungen ausbauen und mit dem NRW-USA-Jahr einen neuen Impuls geben.

Die Haushaltsanmeldungen 2023 liegen Ihnen vor. Der Gesamtansatz 2023 des Ergebnis- und Transferhaushalts für Europa und Internationale Angelegenheiten weist gegenüber dem Gesamtansatz 2022 ein Mehr von rd. 2,7 Mio. Euro auf. Der Ansatz für beide Landesvertretungen (Titelgruppen 80 LV Bund und 90 LV EU) weist gegenüber 2022 ein Mehr von rd. 0,3 Mio. Euro auf.

Europa

Von den Gesamtmitteln entfallen auf den Bereich Europa rd. 6,7 Mio. Euro (6.724.800 Euro). Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von rd. 2,2 Mio. Euro (2.225.000 Euro). Die Erhöhung des Gesamtansatzes ergibt sich in erster Linie aus einem Mehrbedarf zur Fortsetzung und Verstärkung der erfolgreichen Europaaktivitäten (Programme und Wettbewerbe) sowie zur Unterstützung neuer Europaaktivitäten.

Europa gehört zum Identitätskern Nordrhein-Westfalens. Das Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien, zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit ist für die Landesregierung zugleich Auftrag, zur Verwirklichung und Entwicklung des geeinten Europas beizutragen. Teil dieser Entwicklung ist die sozial-ökologische Transformation, die die Landesregierung mit dem zielgerichteten Einsatz europäischer Strukturfördermittel voranbringen will. Sie wird sich dafür noch stärker als bisher in Brüssel einsetzen.

Die Zukunft Europas braucht ein tragfähiges Fundament. Dieses Fundament entsteht dort, wo Europa gelebt wird: im Alltag der Bürgerinnen und Bürger, in ihren Städten und Regionen. Die von der Landesregierung geförderten Projekte wirken darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger Europa als Chance für sich selbst, für jede und jeden Einzelnen begreifen. Die Projekte verankern den europäischen Gedanken lebendig in unserer Gesellschaft. So stellt jeder Austausch und jede Begegnung zwischen Menschen die europäische Idee und die internationale Zusammenarbeit auf ein sicheres und zukunftsfähiges Fundament.

Die Landesregierung möchte ihre erfolgreichen Europaaktivitäten mit einem neuen Förderprogramm für zivilgesellschaftliche Europaпроекте weiter ausbauen. Der Grundgedanke ist, möglichst unbürokratisch Aktivitäten zu ermöglichen. Formate und Fördermaßnahmen, die sich in der Vergangenheit als erfolgreich erwiesen haben, sollen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Besonders junge Menschen werden die Zukunft der Europäischen Union maßgeblich mitgestalten. Daher liegt ein Fokus der Projekte auf Angeboten für junge Menschen (Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende). Das Projekt EU-Jugendbotschafter@school ermöglicht Jugendlichen an Haupt- und Realschulen, sich regelmäßig über ein ganzes Schuljahr mit je zwei jungen engagierten Jugendbotschafterinnen und –botschaftern offen über Europa auszutauschen. Mit #AzubiGoEU verlost die Landesregierung Interrail-Tickets an Auszubildende und ermöglicht ihnen so, Europa auf eigene Faust auf der Schiene zu erkunden. Der Wettbewerb „Eurovisions“ regt junge Menschen an, ihre Gedanken und Ideen zu Europa in Fotografien oder Kurzfilmen auszudrücken. Das Format „NRW debattiert Europa“ geht dieses Jahr in die achte Runde: 10 Teams nordrhein-westfälischer Universitäten werden im Januar in einem Debattierwettbewerb zum Thema „Die Zukunft Europas“ gegeneinander antreten. Mit „Europa - Erleben und Lernen“ erfahren Auszubildende nicht nur, welche persönlichen Vorteile die Europäische Union für sie hat, sondern auch, wie relevant die EU für kleine und mittelständische Unternehmen ist. Schließlich ist Nordrhein-Westfalen bundesweit das Land mit den meisten Europaschulen (250). Der Ausbau von Europaschulen soll weiter vorangetrieben werden. Dafür wird die Landesregierung die Arbeit und das Netzwerk der Europaschulen weiterhin aktiv unterstützen.

Auch über den Bereich Jugend hinaus setzt sich die Landesregierung in ihren Europaaktivitäten besonders dafür ein, Menschen zu erreichen, die bislang wenig oder keine Berührungspunkte mit dem Thema Europa hatten. Das europäische Engagement der kommunalen Familie und der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen sind bemerkenswert lebendig. Mit den Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ würdigt die Landesregierung dieses Engagement. Der Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“ prämiert zudem jährlich europäische Städte- und Projektpartnerschaften mit Vorbildcharakter. In der Reihe „Europa erlesen“ lesen renommierte europäische Autorinnen und Autoren aus ihren Werken und diskutieren im Anschluss über zentrale europäische Fragen. Das erfolgreiche Format Europawoche, das seit 1995 in zeitlicher Nähe zum Europatag am 9. Mai als öffentlichkeitswirksames Instrument der europapolitischen Kommunikation der Länder durchgeführt wird, wird ab dem Jahr 2023 aufgrund eines EMK-Beschlusses auf künftig mehrere Wochen im Monat Mai verlängert.

Die Landesregierung möchte weiterhin den Einsatz und die Arbeit von Personen und Organisationen würdigen, die sich in besonderer Weise um die Rechtsstaatlichkeit in Europa verdient gemacht haben. Der im vergangenen Jahr erstmals verliehene Rechtsstaatlichkeitspreis des Europaministers soll daher verstetigt werden. Die Verleihung erfolgt in einer öffentlichen Veranstaltung.

Die zahlreichen Europaaktivitäten vor Ort machen den europäischen Gedanken in Nordrhein-Westfalens Gesellschaft erfahr- und erlebbar. Gleichzeitig lebt die Landesregierung selbst im Rahmen ihrer zahlreichen Partnerschaften europäische Nachbarschaft und Zusammenarbeit.

Nordrhein-Westfalen pflegt eine enge und vertrauensvolle Freundschaft mit unseren unmittelbaren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien. Gemeinsam mit ihnen und mit Luxemburg bilden wir einen einzigartigen europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum. Das grenzüberschreitende Leben in unserer Region hat Vorbildcharakter. Diese enge Zusammenarbeit möchte die Landesregierung in Zukunft weiterführen und ausbauen. Dafür stehen die Grenzlandkonferenz und die Grenzlandagenda. Dafür stehen unsere regelmäßigen Regierungskonsultationen mit der niederländischen Regierung. Und dafür stehen die erstmalig Ende November

2022 stattfindenden Regierungskonsultationen mit der Föderalregierung Belgiens in Brüssel.

Seit über 20 Jahren ist die Landesregierung eng mit Schlesien in Polen und Hauts-de-France in Frankreich im Regionalen Weimarer Dreieck verbunden. Die trilaterale Zusammenarbeit steht in besonderer Weise für europäisches Miteinander. Sie baut auf drei Säulen auf: dem jährlich stattfindenden Jugendgipfel, dem Kulturprojekt und einem Expertenaustausch. Im Jahr 2023 wird Nordrhein-Westfalen das Kulturprojekt ausrichten. Darüber hinaus plant die Landesregierung, gemeinsam mit den Partnern des Regionalen Weimarer Dreiecks Impulse zur Stärkung der Ukraine zu setzen. Dafür sollen zum Beispiel zu den Formaten des Jugendgipfels und zum Kulturprojekt im nächsten Jahr auch ukrainische Jugendliche und Kulturschaffende eingeladen werden.

Ihre Partnerschaften richtet die Landesregierung zielgerichtet auf drängende Zukunftsthemen aus. Gemeinsam mit der italienischen Region Piemont geht Nordrhein-Westfalen Maßnahmen im Bereich Wasserstoff und Künstliche Intelligenz an. Ein Expertentreffen im Oktober in Turin konnte die fachliche Zusammenarbeit vertiefen und gemeinsame Projekte erarbeiten.

Mit dem Vereinigten Königreich ist das Land Nordrhein-Westfalen seit seiner Gründung in besonderer Weise verbunden. Auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, die Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Jugendaustausch (Stichwort: Stipendienprogramm für junge Menschen), Bildung, Kultur, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung, weiter zu vertiefen. Die erste Sitzung des neu eingerichteten politischen Lenkungsausschusses zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich wird 2023 in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Internationale Angelegenheiten

Auf den Bereich Internationale Angelegenheiten entfallen von den Gesamtmitteln 12,2 Mio. Euro (12.168.000 Euro). Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von rd. 0,5 Mio. Euro (450.000 Euro). Die Erhöhung des Gesamtansatzes ist im Wesentlichen erforderlich für die Weiterentwicklung und Sicherung der

Finanzierung des Promotorenprogramms und die Stärkung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit ebenso wie für den Ausbau der Beziehungen zu Nordamerika und den European Studies Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

Vor dem Hintergrund des brutalen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist ein Schwerpunkt unserer internationalen Aktivitäten die uneingeschränkte Unterstützung der Ukraine. Die Landesregierung möchte das Land bei seiner Annäherung an die Europäische Union unterstützen und strebt dafür eine Aufbau-Partnerschaft mit einer ukrainischen Region an. Thematisch werden zunächst humanitäre Maßnahmen sowie die Unterstützung bei der Wiederherstellung und Stärkung von Infrastruktur und staatlichen Dienstleistungen im Fokus stehen.

Doch neben dem Krieg in der Ukraine steht die Weltgemeinschaft vor einer Vielzahl weiterer großer Herausforderungen. Die Vereinten Nationen haben zur Aktionsdekade 2020 - 2030 aufgerufen, um die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) überhaupt noch erreichen zu können. Nordrhein-Westfalen will seinen Beitrag dazu leisten und insbesondere auch die wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit in unserem Bundesland aktiv begleiten.

Ein Fokus liegt dabei auf der Weiterentwicklung von Programmen zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit nach dem Vorbild des Promotorenprogramms des „Eine-Welt-Netz“. Auch das Promotorenprogramm selbst soll strategisch ausgebaut werden und auf neue Bedarfe, z.B. in den Bereichen Sport und Entwicklung sowie junges migrantisches Engagement ausgerichtet werden. Der interkulturelle Teil des Programms soll integriert und verstetigt werden.

Die Landesregierung prüft darüber hinaus die Etablierung einer passenden Plattform für Austausch und Vernetzung, die Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft strukturierter als bisher zusammenführt. Ausgangspunkt dafür ist die Vielzahl an entwicklungspolitischen Organisationen, Stiftungen und wissenschaftlichen Institutionen am internationalen Standort Bonn.

Die Landesregierung bekennt sich zur Bundesstadt und zum internationalen Standort Bonn (26 Organisationen der Vereinten Nationen). Die erfolgreiche Entwicklung

Bonn als Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit soll fortgeführt werden. Dafür braucht der Standort eine strategische Perspektive. Die Landesregierung wird das neu eingesetzte Lenkungsgremium nutzen, um gemeinsam mit den entscheidenden Akteuren der Bundesregierung die Verhandlungen über eine Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz voranzubringen.

Auch jenseits der EU-Außengrenzen pflegt die Landesregierung zahlreiche bilaterale Partnerschaften, die häufig Ausgangspunkt ihrer internationalen Aktivitäten sind. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden geopolitischen Kräftemessens muss Europa russischem und chinesischem Einfluss, etwa auf dem Westbalkan, entgegentreten. Die Europäische Union muss den Staaten des Westbalkans eine klare Perspektive bieten. Wir müssen unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Die Landesregierung fokussiert ihre Maßnahmen vor allem auf ihre Partnerschaft mit Nordmazedonien. Vorrangiges Ziel dort ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die Förderung von Partnerschaftsprojekten sowie die Vernetzung von Kommunen aus Nordrhein-Westfalen und Nordmazedonien.

Darüber hinaus sollen die engen Verbindungen nach Kosovo weiter gestärkt werden. Auch hier liegt der Fokus auf der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – sowohl vor Ort als auch mit der Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen.

Weiterhin setzt sich die Landesregierung – auch mit Blick auf unsere historische Verantwortung – für eine enge Partnerschaft mit Israel ein. Die Aktivitäten des Landesbüros und die damit verbundene erhöhte Präsenz vor Ort stellen auch im Jahr 2023 einen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten dar. Die Arbeit des Landesbüros wird von der Förderung von Austausch und Begegnung geprägt sowie von der Initiierung von Projekten mit wichtigen Akteuren beider Länder aus allen Bereichen der Länderkompetenz. So wurden im Jahr 2022 u.a. die Wirtschaftsplattform NRW.Global.Connect eröffnet, das Austauschprogramm Handwerker GO ISRAEL gestartet sowie diverse kulturelle Veranstaltungen und Projekte durchgeführt. 2023 wird das Landesbüro u.a. Projekte in den Bereichen Umweltschutz und Klimawandel, Forschung und Entwicklung, Sport, Erinnerungskultur sowie Maßnahmen zur Pflege des kulturellen Erbes von jüdischen

Einwanderinnen und Einwanderern aus Nordrhein-Westfalen unterstützen und fördern.

Die Pflege der transatlantischen Beziehungen hat angesichts des russischen Angriffskrieges eine nochmals verstärkte politische Bedeutung bekommen. Die USA sind der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb Europas. Sie zählen zu den wichtigsten Außenhandelspartnern Nordrhein-Westfalens, US-Unternehmen gehören zu den größten ausländischen Investoren und Arbeitgebern in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung will die Beziehungen zu den USA auf Ebene der Bundesstaaten weiter vertiefen. Das gilt vor allem im Verhältnis zu unserem Partnerstaat Pennsylvania. Wir schauen aber auch auf die Potentiale in anderen Regionen (angestrebte Partnerschaft mit New Jersey). Mit dem geplanten Nordrhein-Westfalen-USA-Jahr in 2023/2024 wird die Landesregierung einen besonderen Akzent setzen. Darüber hinaus wird die Landesregierung auch den Dialog mit Kanada ausbauen, insbesondere durch Austausch mit kanadischen Provinzen (z.B. mit der Partnerprovinz British Columbia).

Die bestehenden Kontakte in den Nordirak will die Landesregierung verstetigen und eine gefestigte Kooperation anstreben. Ein Fokus liegt auf der Verbesserung der humanitären Lage vor Ort und der Unterstützung von Rückkehrperspektiven für Jesiden in ihre angestammten Gebiete. Mit dem Auslandsprogramm NRW steht ein Förderinstrument zur Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement im Irak zur Verfügung. Weitere geografische Schwerpunkte in arabischen Ländern setzt Nordrhein-Westfalen in Jordanien und den Palästinensischen Gebieten. Mit Jordanien und Ägypten hat das Land ein Pilotprojekt gestartet, das kleine und mittlere Betriebe des Elektrohandwerks in Nordrhein-Westfalen dabei unterstützt, dringend benötigte Fachkräfte zu finden. Die Landesregierung begleitet Partnerschaften nordrhein-westfälischer Kommunen mit den palästinensischen Autonomiegebieten. Auch im Jahr 2023 finanziert Nordrhein-Westfalen Stipendien für Studierende des Masterstudiengangs „European Studies“ der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Der Studiengang bringt Studierende aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Jordanien in der Landeshauptstadt zusammen.

Nordrhein-Westfalen pflegt enge Verbindungen auf den afrikanischen Kontinent, insbesondere im Rahmen einer langjährigen und lebendigen Partnerschaft mit

Ghana und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu Südafrika. Europa muss auf dem Kontinent eine attraktive Alternative zu chinesischen Investitionen und zu Russlands geopolitischem Einfluss bieten.

Auch die Beziehungen zu Japan sollen 2023 weiter gestärkt werden. Japan ist seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner Nordrhein-Westfalens und hat in den letzten Jahren als wichtiger Wirtschafts- und Wertepartner des Landes in Asien stetig an Bedeutung gewonnen. Auch aus diesem Grund hat Ministerpräsident Wüst entschieden, seine erste außereuropäische Reise nach Japan zu unternehmen. Die Zusammenarbeit mit China möchte die Landesregierung in Zukunft noch stärker strategisch koordinieren und ausrichten.

Schließlich bildet die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik einen weiteren Schwerpunkt im Bereich Internationales. Im Jahr 2022 ist das Fellowprogramm gestartet. Die Akademie hat verschiedene Formate weiterentwickelt und neu konzipiert, mit denen der Austausch zwischen der Akademie, der Institutionenlandschaft in Bonn, in Nordrhein-Westfalen und mit internationalen Kooperationspartnern weiter gestärkt und im Jahr 2023 fortgesetzt werden kann. Sie hat sich als wichtige Diskussionsstätte für Fragen der internationalen Politik weiter etabliert.

Landesvertretungen

Landesvertretung in Berlin

Die Landesvertretung in Berlin ist die Schnittstelle zwischen Bundes- und Landespolitik. Sie trägt zum verfassungsmäßigen Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen bei, über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken. Dabei sind die Leitgedanken der Politik der Landesregierung auch die Richtschnur für das bundespolitische Wirken: Die Landesregierung verfolgt das Ziel, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Sie setzt sich insbesondere ein für gute Arbeitsplätze, Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinn, für mehr Klimaschutz, eine zukunftsfähige Infrastruktur, Investitionen in

Bildung, solide Finanzen, soziale Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Schutz vor Kriminalität und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im Bundesrat stimmt das Land nicht nur über Gesetzesvorhaben des Bundes ab, sondern bringt auch eigene Initiativen ein und setzt damit politische Impulse auf Bundesebene. Die politischen Ideen und die fachliche Expertise aus Nordrhein-Westfalen fließen auf diesem Weg in die Bundesgesetzgebung ein. Das gilt sowohl für die großen aktuellen Herausforderungen als auch für verschiedene Vorhaben der Fachpolitik, die nicht immer in der großen Öffentlichkeit diskutiert werden, aber für die Menschen vor Ort von großer praktischer Bedeutung sind.

Die Landesvertretung ist zudem federführend für die Vertretung des Landes im Vermittlungsausschuss – dem Ort des politischen Kompromisses zwischen Bund und Ländern. Darüber hinaus geht es in der Landesvertretung, die in Berlin auch als „Botschaft des Westens“ bekannt ist, um die Vertretung der Interessen des Landes bei den übrigen Bundesorganen, dem Bundestag und der Bundesregierung. Ob Kohleausstieg und Klimaschutz, Maßnahmen gegen die Pandemie oder ganz aktuell die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen und die Sicherung unserer Energieversorgung: In Berlin werden wesentliche Entscheidungen für Nordrhein-Westfalen getroffen. Deshalb sind eine starke Stimme Nordrhein-Westfalens in Berlin und eine starke Landesvertretung wichtig.

Neben dem Bundesrat wirkt die Landesregierung auch über die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (MPK) auf Bundesebene mit. Das galt insbesondere in diesem Jahr, in dem Ministerpräsident Hendrik Wüst den Vorsitz der MPK innehatte. Die Landesvertretung wirkt daran mit, die Arbeit in Bundesrat und MPK miteinander inhaltlich zu verzahnen und diente zudem im Vorsitzjahr als Austragungsort von Konferenzen der Regierungschefinnen und Regierungschefs.

Daneben setzt die Landesregierung europapolitische Akzente und steht im Austausch mit unseren europäischen und anderen internationalen Partnern sowie Akteuren der Zivilgesellschaft. Zu den Aufgaben der Landesvertretung gehört es auch, internationale Kontakte zu pflegen. Das gilt insbesondere für den Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie Repräsentanten diplomatischer Vertretungen sowie außenpolitischer Forschungseinrichtungen.

Die Landesvertretung setzt auch mit Veranstaltungen besondere Akzente in Berlin und flankiert so die Arbeit in den politischen Gremien. Sie bietet eine Plattform für politische Debatten und setzt damit selbst Akzente im bundespolitischen Diskurs. Bei ihren Veranstaltungen kommen Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Kultur aus Nordrhein-Westfalen zusammen ebenso wie nationale und internationale Entscheiderinnen und Meinungsmacher, um Netzwerke mit politischen Akteuren, Verbänden, Interessensvertretern, Diplomatinen und Diplomaten sowie Medien zu pflegen. Hierzu werden die vorhandenen Veranstaltungsformate kontinuierlich weiterentwickelt und neue Gesprächsformate geschaffen. Insbesondere die erfolgreich etablierten Diskussionsreihen „Die Zukunft des Westens“ und „Europa prospektiv“ sollen im Jahr 2023 weitergeführt werden. Großveranstaltungen wie das beliebte NRW-Fest als Gesprächsplattform sowie der erfolgreiche NRW-Berlinale-Empfang als Aushängeschild des Medienlandes Nordrhein-Westfalen in der Bundeshauptstadt wurden angepasst und werden fortgeführt.

Die Landesvertretung ist schließlich auch Schaufenster Nordrhein-Westfalens in Berlin. Sie zeigt die breite Vielfalt unseres Bundeslandes: die Stärken des Landes in Wissenschaft, Wirtschaft, im Sozialen oder im Bereich der Kultur ebenso wie die verschiedenen Regionen von Nordrhein-Westfalen.

Mit einem Ansatz von insgesamt 8.733.400 Euro wachsen die Mittel für die Landesvertretung in Berlin gegenüber dem Vorjahr um 624.500 Euro an. Der Aufwuchs begründet sich durch Ausgaben für Videokonferenzausstattungen und durch Kostensteigerungen in den Bereichen Personal-, Gebäude-, Miet- und IT-Kosten.

Für sämtliche Veranstaltungen der Landesvertretung sind Mittel in gleicher Höhe wie beim Ansatz des Vorjahres vorgesehen, nämlich 459.400 Euro.

Darin enthalten sind auch die Mittel für die Betreuung von Besuchergruppen, vor allem natürlich aus Nordrhein-Westfalen. Aktuell ist es wieder möglich geworden, Besuchergruppen in der Landesvertretung zu empfangen: Schülerinnen und Schüler, Studierende, Gruppen des Bundespresseamtes und zahlreiche Einzelgruppen. Im

Mittelpunkt steht die Vermittlung der Rolle des Landes bei den politischen Entscheidungsprozessen auf Bundesebene.

Die starke politische Stimme Nordrhein-Westfalens in der Bundeshauptstadt Berlin vernehmbar zu vermitteln, ist auch das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung. Sie bezieht sich sowohl auf die breite Öffentlichkeit als auch auf den parlamentarischen Raum sowie auf das gesellschaftspolitisch relevante Umfeld.

Das umfasst klassische Pressearbeit wie auch neue, innovative Ansätze und Kommunikationskanäle. Ein Augenmerk liegt darauf, transparent und serviceorientiert zu kommunizieren und dazu jeweils die passenden Kanäle zu identifizieren und zu nutzen. Dazu gehört es, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu erreichen, Entscheiderinnen und Entscheider auf allen Ebenen des politischen Betriebs anzusprechen und die Beziehungen zu ihnen weiter auszubauen. Besonders die digitalen Kanäle in den sozialen Netzwerken sowie die Website sollen hier weiter verstärkt ausgebaut werden. In punkto Vielfalt, Aktualität und Follower-Zahlen sind wir in Berlin mit unserem Angebot im Ländervergleich führend. Diesem Anspruch wollen wir auch im kommenden Jahr gerecht werden.

Klassische Öffentlichkeitsarbeit wie Druckerzeugnisse zum Marketing und zur Information der interessierten Öffentlichkeit über die Arbeit der Landesvertretung werden ebenfalls aus diesem Haushaltstitel finanziert. Sie werden laufend aktualisiert und neuen Entwicklungen angepasst.

Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit soll der Ansatz 2023 mit 84.600 Euro im Vergleich zum Vorjahr unverändert bleiben.

Landesvertretung in Brüssel

Die Vertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union repräsentiert das Land auf europäischer Ebene. Sie wird auch im kommenden Jahr die nordrhein-westfälischen Interessen und Positionen in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen.

Für das Jahr 2023 sind dafür Mittel in Höhe von 4.368.600 Euro vorgesehen. Das sind 372.300 Euro weniger als im Vorjahr.

Dieses Weniger resultiert in erster Linie daraus, dass die eigentliche Liegenschaft derzeit renoviert wird und Miete lediglich für Ersatzanmietungen anfällt.

Durch die immer engeren Verflechtungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene gewinnen die Aufgaben der Landesvertretung stetig an Bedeutung. Die Referentinnen und Referenten der Landesvertretung berichten der Staatskanzlei und ihren Ressorts fortlaufend über die aktuellen europapolitischen Prozesse und Ereignisse, den Fortgang der EU-Gesetzgebung und anderer europäischer Initiativen.

Die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union soll auch weiterhin eine renommierte Plattform bleiben: für Arbeitstreffen und Veranstaltungen zu fachpolitischen Themenstellungen, europäischen Grundsatzfragen und auch Kulturveranstaltungen, die die Europafähigkeit und Vielfaltigkeit des Landes vermitteln.

Auch im Jahr 2023 wird Nordrhein-Westfalen durch Herrn Staatssekretär Dr. Mark Speich im Europäischen Ausschuss der Regionen vertreten. Er wird dem Präsidium angehören und das Amt eines Vizepräsidenten innehaben. Die damit verbundenen Koordinierungsaufgaben werden von der Landesvertretung aus wahrgenommen.

Für die Landesvertretung bleibt auch eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich, um die Wahrnehmung Nordrhein-Westfalens und damit die Bedeutung des Landes im europäischen Umfeld präsent zu halten. Zugleich zählt es zu den Aufgaben der Landesvertretung, die Bedeutung und Arbeitsweise der Landesvertretung den Besucherinnen und Besuchern aus Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zu vermitteln. Die Landesvertretung wird zudem ihre analoge und digitalisierte Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich ausbauen, um ihre Zielgruppen effektiv und effizient zu erreichen, z.B. über den eigenen Twitter Account oder den YouTube-Kanal der Landesvertretung.

Dieser Prozess erfährt durch die Digitalisierung derzeit eine maßgebliche Veränderung. Mit der digitalisierten Verbreitung der hochwertigen Inhalte der Veranstaltungen können neue Zielgruppen und größere Personenzahlen erreicht werden. Damit steigen aber auch die technische Komplexität und die Kosten für die

einzelnen Veranstaltungen, weil neben die regulären Ausgaben nunmehr Ausgaben für digitale Dienstleistungen (Aufnahmetechnik, Distribution per YouTube u.ä.) hinzutreten. Zudem ist die Konferenztechnik (Hard- und Software) in den Veranstaltungsräumen kontinuierlich den Anforderungen der Digitalisierung anzupassen.

**Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle
Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische
Zusammenarbeit / kurz: Deutsch-Französischer Kulturbevollmächtigter**

Die Bestellung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten endet zum 31. Dezember 2022. Die Titelgruppe 70 im HH 2023 dient nur der Abwicklung. Mittel werden für 2023 nicht veranschlagt.